Resolution der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU Ansbach Stadt und Land

Wertschöpfung in Bayern nicht zerstören!

Ein Drittel des bayerischen Stromverbrauchs kommt heute aus erneuerbaren Quellen. Ohne eine breite Beteiligung der Bevölkerung wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Besonders die Landwirtschaft ist bei erneuerbaren Energien vorangegangen. **Mehr als die Hälfte** der dezentralen Kraftwerke sind **in Bürgerhand**! Viele Akteure stärken den Wettbewerb, sichern Akzeptanz, machen regionale Versorgungskonzepte möglich und führen zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit Energie. Ohne Einbindung der Bürger kann die Energiewende nicht gelingen!

Die von der Bundesnetzagentur geplante massive Ausweitung der Übertragungskapazitäten nach Bayern ist eine Gefahr für die dezentrale Stromerzeugung. Zwei Gleichstromübertragungsleitungen gefährden das Ziel der Staatsregierung, 50% des bayerischen Strombedarfs auf der eigenen Fläche zu erzeugen. Der weitere Zubau und künftige Ersatzinvestitionen in Bayern werden damit unwirtschaftlich. Das gefährdet auch die neu aufgebaute dezentrale Wärmeversorgung aus lokalen Wärmenetzen in Verbindung mit Biogasanlagen.

Der Energiedialog Bayern kam nach Anhörung aller Seiten zu dem Ergebnis, dass nach Fertigstellung der im Bau befindlichen Thüringer Strombrücke noch ein **Übertragungsbedarf** von 3 GW oder 13 TWh besteht. Dieser Bedarf kann **mit EINER Gleichstromleitung abgedeckt** werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU Ansbach Stadt und Land wendet sich gegen die **Zerstörung der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien in Bayern**! Die dezentrale Stromerzeugung schafft im ländlichen Raum Arbeitsplätze, Einkommen und kommunale Steuereinnahmen.

Wir fordern daher

- statt Milliarden für den **Gleichstromkorridor D** auszugeben, den Ausbau dezentraler Kraftwerke in Bayern bis zum Ziel von 50% weiterzuführen!
- den **Eigenverbrauch** von Strom nicht zu belasten und die anteilige EEG-Umlage abzuschaffen!
- eine Stärkung der **regionalen Stromvermarktung**. Sie ist Pfadfinder für das Aufspüren von Flexibilitäten. Regionale Versorger und Bürgerenergieunternehmen kennen die Verhältnisse vor Ort am besten. Strom aus regionalen Wirtschaftskreisläufen muss für die Kunden erkennbar sein!
- eine **Freigrenze für Bürgerprojekte bei Ausschreibungen**: Die Bundesregierung will ab 2017 erneuerbare Energien nur noch über Ausschreibungen fördern. Bürgerenergieunternehmen müssen aber ebenso wie große Marktteilnehmer hohe Projektierungskosten vorfinanzieren. Wenn sie anschließend keinen Zuschlag erhalten, wären diese Kosten verloren. Größere Unternehmen können dieses Risiko hingegen auf mehrere Projekte verteilen. Aus Sorge um die Akteursvielfalt hat die Europäische Kommission bewusst eine Freigrenze von 1 MW bei Photovoltaik, Biomasse und Wasser sowie 6 Windkraftanlagen vorgesehen. Bis zu dieser Grenze fordern wir den Erhalt des bisherigen Fördersystems für Bürgerenergieprojekte um regionale Anbieter nicht zu benachteiligen.
- den Ausbau intelligenter **Verteilnetze** für den Abgleich von Erzeugung und Nachfrage!
- **dezentrale Speicher** stärker zu fördern und das 10 000 – Häuser – Programm der bayerischen Staatsregierung rasch umzusetzen!

Ansprechpartner: Vorsitzender Gerhard Sauerhammer, Strüth 19, 91522 Ansbach,
Email: gerhard_sauerhammer@yahoo.de, Mobil: 0170-3347155